



Nummer 1 | Januar 2017

Liebe Leserinnen und Leser,

zunächst wünsche ich Ihnen und Ihren Angehörigen alles Gute für das neue Jahr. Zu Beginn des Jahres fassen viele von uns gute Vorsätze:

Mehr Bewegung und gesunde Ernährung stehen oft an erster Stelle. Da passt es doch gut, dass anlässlich der „Grünen Woche“ auch diese Themen in den Fokus

rücken. Grundlage für die politische Diskussion war in dieser Woche der 2. Bericht der Bundesregierung, der sich mit über 100 Seiten den Bereichen Landwirtschaft, Ernährung, Digitales, ländliche Räume, und vielem mehr widmet.

Ich habe mir den Bereich der Förderung für diese NAG Ausgabe einmal herausgepickt, da es hier

mit dem GAK-Programm für uns Kommunalpolitiker interessante Ansatzpunkte der finanziellen Unterstützung gibt.

Viel Spaß beim Lesen.

Thwe

Astrid Grotelueschen

GAK — Entwicklung der ländlichen Räume

Aus dem unlängst erschienenen 2. Bericht der Bundesregierung zur Entwicklung der ländlichen Räume möchte ich einen Punkt besonders hervorheben: die Weiterentwicklung der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ oder kurz: GAK. Das Ziel der GAK ist die deutlich verstärkte Förderung von Maßnahmen der Infrastruktur und der Daseinsvorsorge. Aus meiner Sicht zu wenig betont wird, dass dies auch die Städtebauförderung des Bundes und der Länder beinhaltet. Es werden nämlich ganz gezielt Förderanreize für Städte und Gemeinden in ländlichen Räumen geboten, die außerdem noch sehr sinnvoll mit z.B. aktuellen Initiativen von Bund und Ländern zum Ausbau der Breitbandinfrastruktur verknüpft werden können. Weil deutlich ge-



Quelle: BMEL

worden ist, dass die Agrarförderung über die GAK allein eine Zukunftsfähigkeit ländlicher Regionen nicht sichern kann, haben wir auch einen Schwerpunkt auf die Dorfentwicklung gelegt. Mir liegt besonders die Erhaltung und Gestaltung des dörflichen Charakters einschließlich der Sicherung von Ge-

meinschaftseinrichtungen am Herzen. Mit Förderangeboten hierzu werden der Bund und die Länder die Gemeinden und ihre Bewohner darin unterstützen, die spezifischen Bedürfnisse vor Ort noch besser zu erkennen und auch ein Stück weit als Selbstverwaltungsaufgabe wahrzunehmen. Das heißt auch,

dass es Modellvorhaben zu den Bereichen „Regionalität und Mehrfunktionshäuser“ sowie „Soziale Dorfentwicklung“ geben wird. Weil in bestimmten Gebieten unsere Schülerzahlen immer mehr zurückgehen, ist ein „wohnnahes Grundschulangebot“ leider oft nur noch mit einzügigen Schulen oder Jahrgangsübergreifend geführten Klassen zu erhalten. Im Rahmen der Städtebauförderung und der Dorfentwicklung der GAK können jetzt im Einzelfall auch Investitionen der Gemeinden und

sogar der Landkreise als Schulträger in die schulische Infrastruktur gefördert werden. Über die GAK konnte schon seit 2004 die Grundversorgung beim Internetzugang verbessert werden. Bis 2018 stellt die Bundesregierung auch weiterhin jährlich 10 Mio. Euro an Bundesmitteln für diesen Förderbereich zur Verfügung. Und den Ländern steht es außerdem frei, darüber hinaus weitere GAK-Mittel für den Breitbandausbau zu verwenden. Die GAK ist vielfältiger als mancher

vielleicht weiß: in bäuerliche Betriebe, deren Existenz langfristig nicht allein über die Produktion gesichert werden kann, können Investitionen im Bereich „Urlaub auf dem Bauernhof“ bis zu einer Gesamtkapazität von 25 Gästebetten je Betrieb gefördert werden. Und über die GAK wird die Gewässer schonende Ausbringung von Gülle mit 60 bis 80 Euro/Hektar gefördert, sofern sie direkt in den Boden bzw. unter den Grünland- oder mehrjährigen Ackerfutterpflanzenbestand erfolgt.

Innere Sicherheit

Ich denke, spätestens nach dem islamistischen Anschlag auf den Berliner Weihnachtsmarkt ist uns sehr deutlich vor Augen geführt worden, dass die Umsetzung von rechts- und sicherheitspolitischen Konsequenzen wichtig ist. Das heißt für mich in erster Linie, dass wir unsere Freiheit, unsere Werte und unsere Art zu leben mit entsprechenden Gesetzen, deren Umsetzung, verteidigen müssen, konsequent und unaufgeregt.

Hierzu hat Bundesinnenminister Thomas de Maizière am Anfang des Jahres konkrete Maßnahmen vorgestellt, von denen ich einige hervorheben möchte. Für sogenannte „Gefährder“ und auch verurteilte Extremisten soll nach ihrer Haft das Tragen einer elektronischen Fußfessel angeordnet werden können. Dazu müssen allerdings auch Ländergesetze angepasst werden. Wir wollen außerdem einen besseren Informationsaustausch über Gefahren und Gefährder. Deshalb ist es aus meiner Sicht zwingend, dass die Datenbanken- auch auf EU-Ebene- besser vernetzt werden. Das betrifft die EU-Richtlinie zum Speichern von Fluggastdaten, die zunächst noch in deutsches Recht umge-



setzt werden muss, wie auch die Daten zum Asylverfahren, Dauer oder Höhe der Sozialleistungen und vieles mehr. Speziell auf Niedersachsen bezogen denke ich: wir brauchen die Möglichkeit für Hausarreste und für Kontaktverbote von Islamisten zu anderen Islamisten. Gefährder müssen für längere Zeit durch richterliche Anordnung in Unterbindungsgewahrsam genommen werden und nicht wie im rot-grünen Regierungsentwurf des Landes Niedersachsen vorgesehen, nur noch 4 statt 10 Tage in Polizeigewahrsam genommen werden dürfen.

Daten und Fakten zum Asyl

In ihre Herkunftsländer sind im letzten Jahr 25.000 Menschen abgeschoben worden. 55.000 sind freiwillig zurückgekehrt. 430.000 Verfahren aus 2016 sind aber noch nicht abgeschlossen.

2016 wurden 745.545 Asylanträge gestellt. Das sind 268.869 mehr als 2015. Hauptherkunftsländer 2016 waren: Syrien, Afghanistan, Irak, Albanien und Eritrea.

Für Niedersachsen wurden 85.582 Asylanträge in 2016 verzeichnet. 83.024 davon waren Asylersanträge und 2.558 Folgeanträge.

Um die Bedingungen für Schutzsuchende zivilisiert zu gestalten, sollte „der Berg“ aller 2016 liegengeliebten Anträge des BAMF (Bundesamt für Migration und Flüchtlinge) abgetragen werden. Das BAMF hat 2016 eine Rekordzahl von 695.000 Asylanträgen entschieden.

Ein Erfolg ist, dass die Dauer bis ein Asylantrag überhaupt gestellt werden kann, von 3 Monaten auf 2 Wochen verkürzt werden konnte. Das zeigt mir, dass die Maßnahmen, die die Bundesregierung und die EU ergriffen haben, richtig sind.

Ursula von der Leyen ehrt CDU Delmenhorst mit ihrem Besuch

Mehr als 200 Gäste hat der Delmenhorster CDU-Kreisverband bei seinem Neujahrsempfang begrüßen können — allen voran als Ehrengast unsere Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen. Sie ging in ihrer Rede vor allem auf die Flüchtlingsproblematik ein, aber auch auf weitere Themen wie Krim-Annexion, Ukraine-Krieg und die Ausbreitung des Islamischen Staates. „Globale Themen rücken näher an uns heran“, so die Ministerin.

Das Thema Sicherheit steht ganz oben auf der Agenda, wie Kreisverbandsvorsitzender Heinz-Gerd Lenssen betonte. Froh über den Besuch von Ursula von der Leyen zeigte sich auch Oberbürgermeister



Prominenter Gast beim Empfang der CDU Delmenhorst: Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen.

Bild: Frauke Wöhler

Axel Jahnz, der die Ministerin sich in das Goldene Buch der Stadt eintragen ließ.

Die Rede der Verteidigungsministerin zog viele Gäste in ihren Bann, bot sie doch interessante Einblicke in die Bundespolitik. Ich brachte

unser Engagement in der Flüchtlingshilfe, aber gleichzeitig die Maßnahmen zur Verbesserung der Inneren Sicherheit zur Sprache. Landespolitische Informationen aus erster Hand erhielten wir mit der Rede von Annette Schwarz MdL.

Mehr Dynamik mit Gigabit

Es gibt einen neuen An Schub für den Breitbandausbau: Zusätzlich zu bestehenden Förderungen ist ein neues Sonderprogramm gestartet. 350 Millionen Euro stellt das Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI) bereit, um unterversorgte Gewerbe- und Industriegebiete sowie Häfen ans Glasfasernetz anzuschließen. Dabei geht es um eine Mindestgeschwindigkeit von 1 GBit/s.

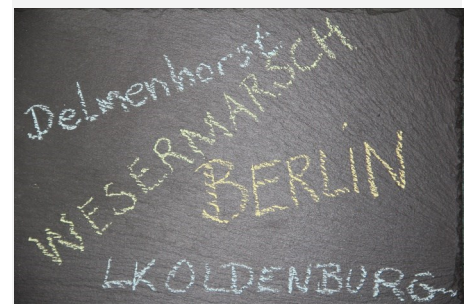
Schnelle Internetverbindungen sind heutzutage unerlässlich. Jedes Unternehmen, ob Tischlerei oder Sanitärfachbetrieb, Gartenbau oder Maler, benötigt moderne Anschlüsse.

Seit Langem setzte ich mich für dieses Thema ein, das gerade auch für die ländlichen Räume eine elementare Rolle spielt. „Weiße Flecken“ auf der Landkarte, die Regionen ohne schnelles Internet kennzeichnen, sollen baldigst verschwinden.

Deshalb freue ich mich über diese zusätzliche Förderung, die mit anderen kombiniert werden kann. Wir müssen jetzt im Wahlkreis schnell handeln, denn die Vergabe der Mittel erfolgt im „Windhundverfahren“ - die Anträge werden nach ihrem Eingangsdatum bearbeitet. Mehr Infos unter: www.bmvi.de

Unterwegs:

- 23. bis 27.01.2017 — Sitzungswoche des Bundestags in Berlin
- 27.01.2017 — Neujahrsempfang der Handwerkskammer Delmenhorst
- 01.02.2017 — „Daumen hoch für Ausbildung“ in Wildeshausen



Astrid Grotelüschon MdB

Berliner Büro

Platz der Republik 1
11011 Berlin
E-Mail: astrid.grotelueschen@bundestag.de
Tel.: +49 30 227-74607
Fax: +49 30 227-76608

Bürgerbüro

Zwischenbrücken 5b
27793 Wildeshausen
E-Mail: astrid.grotelueschen.ma07@bundestag.de
Tel.: +49 4431 9554526
Fax: +49 4431 9554527

Bürgerbüro

Lange Straße 62
27804 Berne
E-Mail: astrid.grotelueschen.ma06@bundestag.de
Tel.: +49 4406 9729966
Fax: +49 4406 9729969